

LEITARTIKEL

Umfrage zur Schulpolitik

Ein Befund, ein Desaster

Von Thomas Fricker



Corona ist überall – auch in der Politik Baden-Württembergs. Der Umgang mit der Pandemie ist, selbst wenn es anders scheint, weitgehend Ländersache. Das Management der Krise, das Ausgestalten von Verordnungen, die hart ins Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, wird in den Stuttgarter Ministerien und der Staatskanzlei entschieden. Kein Wunder also, dass Corona im Landtagswahlkampf eine Rolle spielt. Ebenso wenig erstaunt, dass die Bürger und potenziellen Wähler bei diesem Thema vorwiegend auf die Landesregierung blicken. Grüne und CDU sind seit Monaten zum Handeln verdammt. Auch wenn es von den Akteuren in diesem Ausmaß gewiss niemand darauf anlegt: Natürlich profiliert man sich dabei. Umso heikler, wenn das Gegenteil eintritt.

In dieser schwierigen Lage steckt offenkundig Susanne Eisenmann. Die Ergebnisse der großangelegten Umfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag aller baden-württembergischen Zeitungshäuser

lassen keinen Raum für Zweifel: Während eine Mehrheit der Bevölkerung das allgemeine Krisenmanagement der Landesregierung für gut oder sogar sehr gut hält, setzt es für die Schulpolitik deutlich schwächere Noten. Die Kultusministerin persönlich scheidet gar doppelt schlecht ab. Nicht nur bewerten die Eltern mehr noch als die Gesamtbevölkerung ihre Arbeit negativ. Insgesamt ist die Politikerin auch noch bei einem knappen Drittel unbekannt.

Für die Spitzenkandidatin der CDU, die angetreten ist, den scheinbar unangreifbar über dem Stuttgarter Kessel thronenden Winfried Kretschmann zu stürzen, gleicht dieser Befund einem Desaster. Klar, an der Bekanntheit kann Eisenmann noch arbeiten. Aber bringt das etwas, wenn sie dafür in den nächsten Monaten noch scharfzüngiger und burschikoser auftreten müsste, als es ohnehin ihrem Naturell entspricht? Kra-wall schätzen die wenigsten Wählerin-

nen und Wähler, denen nicht nur im württembergischen Landesteil der Ruf der Bodenständigkeit anhaftet. Noch mehr gilt das in schwerer Zeit.

Gerade in der Corona-Krise ist Sacharbeit gefragt. Ein Ruf als pragmatische Anpackerin genügt nicht. Man muss ihm auch gerecht werden. Das ist Eisenmann unzureichend gelungen.

Nun mag man einwenden, dass das Schul- und Bildungswesen zu den am schwierigsten zu beackernden landespolitischen Feldern gehört. Kaum irgendwo sonst sind die Verkrustungen so ausgeprägt. Kaum irgendwo sonst wechseln sich übertriebener Reformeifer und stupides Beharren so unheilvoll ab. Hinzu kommt, dass Bildungsfragen oft ideologisch aufgeladen auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. All dies war der aus der kommunalen Praxis kommenden Eisenmann nicht fremd, als sie das Kultusressort übernahm.

Es ist ihr aber in fast vier Jahren nicht gelungen, die Schulpolitik qualitativ auf ein höheres Niveau zu heben. Die Kultusbürokratie mahlt immer noch behäbig. In der Digitalisierung kam man nur in Trippelschritten voran. Ob Schüler im Corona-Frühling angemessen digital unterrichtet wurden, hing maßgeblich an einzelnen Rektoren und Lehrern, kaum an Schulämtern und Ministerium. Wenn viele Eltern nun, da sich die Pandemie erneut zuspitzt, das Gefühl haben, an den Schulen habe sich strukturell fast nichts getan, stimmt das bedenklich.

Ja, im Amt der Kultusministerin sind selten Schönheitspreise zu gewinnen. Und ja, es zeugte von Mut und politischem Geschick, wie Eisenmann aus dieser Position heraus die CDU-Spitzenkandidatur anstrebte und eroberte. Nun muss sie allerdings den Wählern klarmachen, dass eine von ihr geführte Regierung insgesamt überzeugender arbeiten würde, als ihr bisheriges Ministerium. Unmöglich ist das nicht. Aber einfach auch nicht.

► fricker@badische-zeitung.de

Dem Ruf als Anpackerin wurde Eisenmann nicht gerecht



ZEICHNUNG: STUTTMANN

Erdogan in Bedrängnis

Die türkische Währung stürzt ab und der Präsident reagiert mit fatalen Muskelspielen

Von Gerd Höhler

Die türkische Lira fällt und fällt. Das Land am Bosphorus steuert auf eine Währungskrise zu. Der Hauptgrund heißt Recep Tayyip Erdogan. Die aggressive Außenpolitik des türkischen Präsidenten wiederum ist nicht ohne die wirtschaftlichen Probleme zu verstehen.

Der türkische Staatschef kämpft an vielen Fronten. Er lässt im Nordirak, in Syrien, in Libyen und im Kaukasus Krieg führen. Im Mittelmeer macht er den Nachbarn Griechenland und Zypern Bodenschätze streitig. Mit einem Boykottaufruf gegen französische Produkte beschwört er nun noch einen Handelskrieg mit Frankreich herauf. Dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron empfiehlt er, seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Und europäischen Staatschefs ruft Erdogan zu: „Ihr seid Faschisten im wahrsten Sinne des Wortes, Ihr seid das jüngste Glied in der Kette der Nazis.“ Bundes-

außenminister Heiko Maas attestiert Erdogan „einen neuen Tiefpunkt“.

Den erreichte diese Woche auch die türkische Lira. Am Montag mussten die Türken in den Wechselstuben erstmals mehr als acht Lira für einen Dollar bezahlen. Am Mittwoch gab die Währung weiter nach. Auch im Verhältnis zum Euro stürzte die Lira auf ein neues Tief. Seit Anfang 2018 hat sich der Außenwert der türkischen Währung mehr als halbiert. Allein 2020 verlor sie mehr als ein Viertel.

Die Menschen bekommen den Währungsverfall zu spüren. Er verteuert nicht nur Importwaren, Benzin, Heizöl und Erdgas. Weil die türkische Industrie für ihre Produktion stark auf Einfuhren von Halbfertigwaren und Komponenten angewiesen ist, steigen auch die Preise heimischer Produkte. Zur Existenzbedrohung wird die Lira-Schwäche für Firmen, die Fremdwährungskredite aufgenommen haben und für deren Bedienung immer höhere Lira-Beträge aufwenden müssen.

Die türkische Notenbank konnte den Absturz bisher nicht bremsen. Analysten

der Investmentbank Goldman Sachs schätzen, dass die Zentralbank dieses Jahr bereits 80 Milliarden Dollar verbrannt hat, um die Lira zu stützen. Die Devisenreserven dürften auf weniger als 20 Milliarden Dollar geschmolzen sein. Mit 10,25 Prozent liegen die Leitzinsen unter der Inflationsrate von knapp zwölf Prozent. So haben ausländische Anleger keinen Anreiz, in die Lira oder in Lira-Wertpapiere zu investieren. Die Geldpolitik geht auf das Konto Erdogans, der ein erklärter Gegner hoher Zinsen ist und großen Druck auf die Notenbank ausübt.

Mit seiner Außenpolitik beschwört er neue Gefahren herauf. Wegen des Streits um die Wirtschaftszonen im Mittelmeer drohen der Türkei Sanktionen der EU. Mit Inbetriebnahme der russischen Luftabwehrraketen riskiert Erdogan überdies Strafmaßnahmen der USA. Mit seinem Muskelspiel will er wohl seine Landsleute ablenken. Doch damit verschärft er die Probleme der türkischen Wirtschaft und schwächt die Lira – ein Teufelskreis.

► hoehler@badische-zeitung.de

Empfängerländer geben sich zurückhaltend

Trotz zweiter Welle könnte es sein, dass die EU-Corona-Hilfen nicht ausgeschöpft werden / Furcht vor strenger Brüsseler Kontrolle

Von Daniela Weingärtner

Wegen der extrem angespannten Corona-Lage in Brüssel wird die Deutsche Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Union physische Treffen weiter reduzieren und auch Videokonferenzen auf ein Minimum beschränken. Ausdrücklich ausgenommen von dieser Maßnahme sind die Verhandlungen zum mehrjährigen EU-Haushalt und zum Corona-Rettungspaket. Angesichts der zweiten Welle fragen sich nun allerdings viele, ob die dafür eingeplanten 750 Milliarden Euro überhaupt ausreichen und ob sie rechtzeitig freigegeben werden können, um der gebeutelten europäischen Wirtschaft auf die Beine zu helfen.

Während die erste Welle vornehmlich Südeuropa traf, steigen nun die Fallzahlen auch in Osteuropa drastisch. Das Fell des Bären muss neu aufgeteilt werden, bevor er erlegt ist. Der Corona-Rettungsfonds könnte nun auch für Polen, Tschechien oder Ungarn interessant werden. Die Haushaltsverhandlungen werden dadurch nicht einfacher. Sie könnten sich trotz verstärkter deutscher Bemühungen bis zum Ende der portugiesischen Präsidentschaft im Juni 2021 hinziehen.

Angesichts der wirtschaftlich angespannten Lage in vielen Wahlkreisen, so

die Hoffnung der Verhandlungsführer von Regierungsseite, werde eine Mehrheit der EU-Abgeordneten auf einen raschen Deal drängen. So sieht es aber nicht aus. Das EU-Parlament hat vielmehr deutlich gemacht, dass es dem Haushalt nur zustimmen wird, wenn Herzstücke wie Grenzschutz, gemeinsame Verteidigung, Forschung und grenzüberschreitende Bildungsprojekte nicht zusammengestrichen werden. Auch fordert es, dass die Zinsen für die Finanzierung des Corona-Hilfspakets nicht aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden. Damit blockiere man aber keinesfalls die zügige Auszahlung dieser Hilfen. Vielmehr könne der Rettungsfonds völlig unabhängig vom Haushalt freigegeben werden, betonte ein Sprecher des Parlaments.

Die Verhandlungsführer im Rat lehnen eine Entkoppelung ab. Nur durch eine Verbindung mit den Corona-Hilfen sei genügend finanzieller Spielraum entstanden, um möglichst viele Regierungen zu friedenzustellen und eine Einigung möglich zu machen. Allerdings gelang es den Beteiligten nicht, sich auf klare Kriterien für die Auszahlung der Corona-Hilfen zu verständigen. Während die „sparsamen Fünf“ – die Niederlande, Österreich, Dänemark, Schweden und Finnland – von den profitierenden Ländern überzeugende Reformen verlangen, wollen die mög-

lichen Empfänger – allen voran Italien – solche Auflagen keinesfalls akzeptieren.

In einer Veröffentlichung der Denkfabrik Bruegel warnte der Ökonom Jean Pisani-Ferry gestern davor, Fördermittel mit sachfremden Forderungen zu koppeln. Zwar dürften die Regierungen das Geld nicht wie ein Himmels Geschenk über ihre Bürger regnen lassen. Vielmehr müssten sie es nutzen, um Infrastruktur, Bildung und Wirtschaft zu modernisieren.

Die Auftritte der gefürchteten Troika sind noch präsent

Es sei aber nicht zielführend, zum Beispiel Gelder für die Digitalisierung nur dann auszuschütten, wenn ein Land gleichzeitig sein Rentensystem reformiert, so die Denkfabrik. Die Auflagen müssten inhaltlich mit der Förderung in Einklang stehen – so sei es sehr wohl sinnvoll, emissionsarme Transportsysteme nur finanziell zu unterstützen, wenn das profitierende Land gleichzeitig seine Dieselsubventionen streicht.

Bislang sieht es nicht so aus, als würden – von Italien abgesehen – viele Kandidaten Schlange stehen, um einen Teil der geplanten 390 Milliarden Euro an Förderung und 360 Milliarden Euro an Kredi-

ten zu erhalten. Noch sind die Auftritte der gefürchteten Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds) in den Finanzbehörden Athens, Lissabons und Dublins im kollektiven Gedächtnis präsent. Kein Land wünscht sich diese Form Brüsseler Kontrolle zurück. Die „sparsamen Fünf“ aber verlangen, dass jede Auszahlung daran geknüpft sein muss, die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EU-Kommission einzuhalten. Wie streng das kontrolliert werden soll, ist völlig unklar.

Noch zurückhaltender als auf die in Aussicht gestellten Subventionen reagieren die möglichen Empfängerländer auf die angekündigten Kredite. Zwar wären die Zinsen wegen der guten Bonität der EU konkurrenzlos günstig. Doch würden die Hilfen auf die Gesamtverschuldung angerechnet und könnten daher negativ zu Buche schlagen, wenn der Stabilitätspakt in einigen Jahren wieder rigoros angewendet wird. Schon jetzt liegen Länder wie Portugal mit 126 Prozent und Griechenland mit 187 Prozent Staatsverschuldung weit jenseits der im Stabilitätspakt vorgegebenen maximal 60 Prozent. Es könnte also sein, dass der mit großem Tamtam aufgelegte Corona-Rettungsfonds nicht ausgeschöpft wird – trotz zweiter Welle und trotz einer bis 2023 ausgedehnten Frist für Anträge.

PRESSESTIMMEN

Emotionen nicht im Griff

Die „Rhein-Zeitung“ (Koblenz) zu Friedrich Merz' Beschwerde über das Partei-Establishment:

„Nun haben alle eine Kostprobe davon bekommen, welche Lust Merz zu einer Schlamm Schlacht verspürt, wenn etwas nicht so läuft, wie er sich das vorstellt. (...) Wie oft hätte Merkel vom Tisch aufspringen und Putin oder Trump oder Erdogan anbrüllen können. Sie hat sich aber (...) keine Blöbe gegeben und verhandelt. Man kann es Merz nun nicht unbedingt zutrauen, dass er seine Emotionen im Griff hat.“

Autorität untergraben

Die „FAZ“ zum gleichen Thema:

„[Merz] grub seinen tiefsitzenden Gram gegen Merkel wieder aus und machte aus der Verschiebung des Parteitag eine von ihr gesponnene Intrige gegen seinen zweiten Anlauf, ihr Nachfolger zu werden. (...) Er untergrub die Autorität der Parteiführung mit dem unverhohlenen Aufruf an die ‚Basis‘, durch einen Mitgliederentscheid dafür zu sorgen, dass er endlich dort hinkomme, wo er hingehöre. Das alles ist Opfertum, Populismus, Narzissmus, Schaumslägerei und Verschwörungdenken in einem. Es gibt genug Staatsmänner in der Welt von dieser Sorte.“